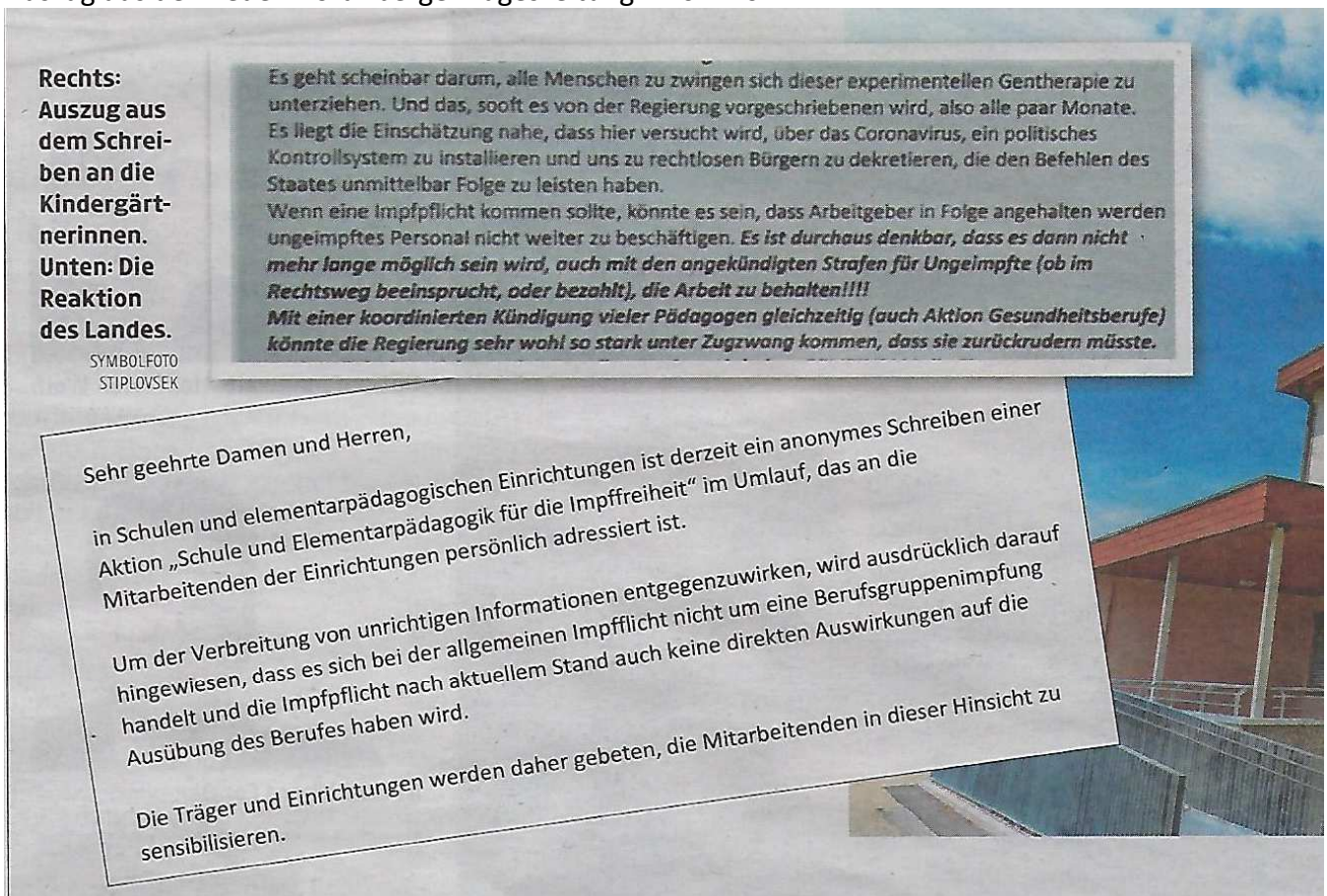

Rechts: Auszug aus dem Schreiben an die Kindergärtnerinnen. Unten: Die Reaktion des Landes.
SYMBOLFOTO STIPLOVSEK

Es geht scheinbar darum, alle Menschen zu zwingen sich dieser experimentellen Gentherapie zu unterziehen. Und das, sooft es von der Regierung vorgeschriebenen wird, also alle paar Monate. Es liegt die Einschätzung nahe, dass hier versucht wird, über das Coronavirus, ein politisches Kontrollsystem zu installieren und uns zu rechtlosen Bürgern zu dekretieren, die den Befehlen des Staates unmittelbar Folge zu leisten haben.
Wenn eine Impfpflicht kommen sollte, könnte es sein, dass Arbeitgeber in Folge angehalten werden ungeimpftes Personal nicht weiter zu beschäftigen. ***Es ist durchaus denkbar, dass es dann nicht mehr lange möglich sein wird, auch mit den angekündigten Strafen für Ungeimpfte (ob im Rechtsweg beeinsprucht, oder bezahlt), die Arbeit zu behalten!!!!***
Mit einer koordinierten Kündigung vieler Pädagogen gleichzeitig (auch Aktion Gesundheitsberufe) könnte die Regierung sehr wohl so stark unter Zugzwang kommen, dass sie zurückrudern müsste.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Schulen und elementarpädagogischen Einrichtungen ist derzeit ein anonymes Schreiben einer Aktion „Schule und Elementarpädagogik für die Impffreiheit" im Umlauf, das an die Mitarbeitenden der Einrichtungen persönlich adressiert ist.

Um der Verbreitung von unrichtigen Informationen entgegenzuwirken, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei der allgemeinen Impfflicht nicht um eine Berufsgruppenimpfung handelt und die Impfpflicht nach aktuellem Stand auch keine direkten Auswirkungen auf die Ausübung des Berufes haben wird.

Die Träger und Einrichtungen werden daher gebeten, die Mitarbeitenden in dieser Hinsicht zu sensibilisieren.

Impfgegner schreiben Kindergärtnerinnen an

Minigruppe ruft zu Streiks und koordinierter Kündigung auf. Hunderte Briefe vor vielen Kindergärten im Land deponiert.

Von Jörg Stadler
joerg.stadler@neue.at

Anfang dieser Woche haben Hunderte Kindergärtnerinnen in Vorarlberg unerwartet Post bekommen. Die persönlich adressierten Briefe lagen vor den jeweiligen Einrichtungen. Der Inhalt sorgte kurzfristig für Unruhe, vor allem bei den zuständigen Abteilungen in den Städten und Gemeinden. Die Absender der mit „Aktion Schule und Elementarpädagogik für Impffreiheit" betitelten Briefe bleiben freilich anonym. Wir, so schreiben die Verfasser eingangs, „sind ein Team von 7 Pädagogen (Elementarpädagogen, Lehrer) aus Vorarlberg und Salzburg". Unterstützt wird die Gruppe laut eigenem Bekunden von der impfkritischen Kleinpartei „Menschen - Freiheit - Grundrechte" (MFG), die hauptsächlich in Oberösterreich aktiv ist und dort 2021 in den Landtag einzog, sowie von deren Arbeitnehmervertretung FAN (Freie Arbeitnehmer Österreich).

Koordinierte Kündigung. Die Gruppe ruft die Kindergartenpädagoginnen sinngemäß dazu auf, zu streiken beziehungsweise letztlich auch koordiniert zu kündigen, um die Regierung in Sachen Impfpflicht unter Zugzwang zu bringen. Die Verfasser des Schreibens bringen gezielt Falschinformationen in Umlauf und schüren Ängste. Wörtlich heißt es: „Es geht scheinbar darum, alle Menschen zu zwingen, sich dieser experimentellen Gentherapie zu unterziehen. Und das, sooft es von der Regierung vorgeschrieben wird, also alle paar Monate. Es liegt die Einschätzung nahe, dass hier versucht wird, über das Coronavirus ein politisches Kontrollsystem zu installieren und uns zu rechtslosen Bürgern zu dekretieren, die dem Befehl des Staates unmittelbar Folge zu leisten haben." Es könnte sein, so heißt es weiter, dass Arbeitgeber angehalten werden, ungeimpftes Personal nicht weiter zu beschäftigen. Das Schreiben beinhaltet zudem einen Link zu einem Online-Fragebogen, mit dem offenbar erhoben werden soll, wie viele Pädagoginnen be-

reit wären bis zum Äußersten zu gehen, sprich zu streiken oder gar zu kündigen. Zudem wird darum gebeten, das Dokument an Kollegen weiterzuleiten.

Konsequenzen. In Feldkirch hat sich die Sache am Dienstag schnell herumgesprochen. „Wir hatten an dem Tag, als die Briefe deponiert wurden, zufällig eine Sitzung mit allen Kindergartenleiterinnen. Wir haben das Thema diskutiert und es wurde darauf hingewiesen, dass es dienstrechtliche Konsequenzen geben könnte, wenn man sich allfälligen Streiks anschließt", berichtet Ulrike Porod, Leiterin der Abteilung Sport, Schulen und Kindergärten im Amt der Stadt Feldkirch auf *NEUE am Sonntag*-Anfrage. Auch Kindergärten in Bregenz, Dornbirn und Bludenz wurden mit dem Schreiben überschwemmt.

„Die persönlich adressierten Briefe wurden vor den Kindergärten deponiert."

Ulrike Porod,
Abteilungsleiterin, Stadt Feldkirch

Reaktion des Landes. Das Amt der Vorarlberger Landesregierung hat bereits reagiert. In dem Schriftstück der Abteilung „IIa Elementarpädagogik, Schule und Gesellschaft" heißt es: „Um der Verbreitung von unrichtigen Informationen entgegenzuwirken, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei der allgemeinen Impfpflicht nicht um eine Berufsgruppenimpfung handelt und die Impfpflicht nach aktuellem Stand keine direkten Auswirkungen auf die Ausübung des Berufs haben wird." Abschließend bittet das Land die Träger der Einrichtungen, die Mitarbeitenden in dieser Hinsicht zu sensibilisieren, und appelliert an das noch nicht geimpfte Personal, sich impfen zu lassen.